

Kurzprotokoll der Oktobersession 2001

- [Übersicht](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Rücktritte](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 22. und 23. Oktober 2001 fand unter dem Vorsitz von Hans Walthert, Hohenrain, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung des Staatsvoranschlags für das Jahr 2002, die Behandlung des Finanzplans 2002–2006 sowie die Beratung über die Volksinitiative "für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung". Zwei Geschäfte wies der Grosse Rat den zuständigen vorberatenden Kommissionen zu. Der Rat behandelte zudem eine Petition und neun parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von zwei Petitionen und von 28 parlamentarischen Vorstössen. Die für sieben Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für sechs beschlossen und durchgeführt, für den siebten abgelehnt.

Von den 35 traktandierten Geschäften konnten ein Dekretsentwurf und zwei Gesetzesvorlagen sowie 24 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Finanzvorlagen

Staatsvoranschlag 2002. Die Entwürfe von Grossratsbeschlüssen über den Voranschlag 2002 und über den Bezug der Staatssteuern im Jahr 2002 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. August 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 22. September 2001, S. 2442) wurden behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und weitestgehend gemäss dem Antrag der Regierung gutgeheissen. Der genehmigte Voranschlag weist in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 749'249 Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von rund 159,8 Millionen Franken ergeben. Der Finanzierungsüberschuss in der Gesamtrechnung beläuft sich auf rund 27,5 Millionen Franken, der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 95 Prozent. Der Steuerfuss wird im Jahr 2002 um eine Zwanzigstel-Einheit auf 1,85 Einheiten gesenkt.

Finanzplan 2002–2006. Der Finanzplan 2002–2006 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. August 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 38 vom 22. September 2001, S. 2442) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und zur Kenntnis genommen.

Rechtsetzung

Volksinitiative zur Verkleinerung des Regierungsrates. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die "Volksinitiative für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung" gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. Juni 2001 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 33 vom 18. August 2001, S. 2131) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und an den

Regierungsrat zurückgewiesen mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, der die Proporzwahl des Regierungsrates bei gleich bleibender Mitgliederzahl vorsieht. Die Volksinitiative verlangt in der Form des Entwurfs einer Verfassungsänderung die Verkleinerung des Regierungsrates von sieben auf fünf Mitglieder.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von

- Fritz Hüsler, Neudorf, auf Ende Jahr,
- Beat Kurmann, Hergiswil, auf Sessionsende,
- Käthi Sanz, Luzern, auf Ende Jahr.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 428 von Rico De Bona, Littau, über die Anpassung des Steuergesetzes betreffend die Progression bei den unteren Einkommen (nachtraktandiert),
- von Prisca Birrer, Rothenburg, über eine stärkere steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen durch eine Tarifierfassung im unteren Segment (als Motion M 498 eingereicht; dringliche Behandlung),
- von Josef Huber, Kriens, über eine Anpassung der untersten Einkommenssteuer-Tarife mit Wirkung auf die Steuern 2001 mit dem Zweck einer humaneren Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern (als Motion M 502 eingereicht; dringliche Behandlung)

Abgelehnt wurde das Postulat P 469 von Eva Zihlmann, Horw, über die Spitalfinanzierung.

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 471 von Adrian Borgula, Luzern, über die Gefahr von Politikunfähigkeit des Regierungsrates,
- I 493 von Odilo Abgottspon, Luzern, über die finanzielle Situation der Luzerner Pensionskasse (dringliche Behandlung).

Mündlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 499 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über die Beteiligung des Kantons Luzern an der neuen nationalen Luftfahrtgesellschaft (dringliche Behandlung),
- I 500 von Rico De Bona, Littau, über Massnahmen im Kanton Luzern im Zusammenhang mit der Swissair (dringliche Behandlung),
- I 501 von Thomas Mathis, Weggis, über Milzbrand (dringliche Behandlung).